2018/26 Disko

https://jungle.world/artikel/2018/26/verweigerung-der-staatskritik

Die Armee verteidigt den Staat des Kapitals

Verweigerung der Staatskritik

Von **Ivanka Miller Chucky Goldstein**

Die Unterwerfung des Individuums unter die Logik des Militärs ist eine reaktionäre Forderung. Wer jedoch die Waffen niederlegen will, ohne vorher über den Staat zu sprechen, macht es sich zu einfach

Er könnte der größte historische Irrtum der Linken sein, würde er sich nicht so regelmäßig manifestieren: der Staatsfetischismus. Obwohl schon Karl Marx und Friedrich Engels den Staat als Form kritisierten, verfielen ihm zahlreiche Marxisten und Marxistinnen, was sich nicht zuletzt in der Romantisierung nationaler Unabhängigkeitsbewegungen zeigt.

Während im Stalinismus Kommunisten ihre materialistische Kritik am Staat öffentlich widerrufen mussten oder auf Nimmerwiedersehen verschwanden, ordnete sich die Linke hierzulande in vorauseilendem Gehorsam und bereitwillig einer imaginären Staatsdoktrin unter. Es war ein kurzer Weg für Otto Schily und Joseph Fischer von der außenparlamentarischen Opposition zu umfassenden Polizeireformen beziehungsweise der Bombardierung Jugoslawiens.

Im Grunde nichts anderes ist es, **wenn Lena Rackwitz fordert**, dass die Linke die Bundeswehr nicht den Rechten und den Islamisten überlassen dürfe. Mit einer post-modernen Theoriecollage aus sozialdemokratischen Elementen und leninistischer K-Gruppenagitation unterfüttert sie ihre Forderung. Sogar die Staatskritiker Karl Marx und Rosa Luxemburg werden herangezogen. In ihrer Argumentation lösen sich die Unterschiede zwischen dem bewaffneten Kampf aufständischer Milizen und dem Krieg staatlicher Heere auf.

Damit verschwindet auch ein kritischer Staatsbegriff. Von den historischen Ungenauigkeiten, die sich bei einer derartigen politischen Betrachtung der Geschichte zwangsläufig ergeben müssen, ganz zu schweigen.

Es ist der Staat, der die Grundlagen einer erfolgreichen Selbstverwertung des Werts zu gewährleisten hat. Als Hüter der Totalität muss er in der Krise die Wahrung seiner eigenen Funktionsfähigkeit garantieren. Unabhängig von seiner jeweiligen politischen Führung ergibt sich dies notwendigerweise aus seiner ihm eigenen Form, was ihn zum Staat des

Kapitals und eben nicht zum Staat der Kapitalisten macht. Letzteres ist spätestens seit Lenin der Trugschluss im Denken sämtlicher konterrevolutionären Parteien des Marxismus. Es ist naiv zu glauben, dass nach einer erfolgreichen Revolution der Staat gesellschaftliche Zwänge aufheben kann, ohne die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation einzuschränken und sich damit seine eigene Basis zu entziehen. Eine derartige Schwächung hätte - spätestens im außenpolitischen Wettbewerb der Staaten untereinander fatale Konsequenzen. Griechenland machte in der Konfrontation mit der deutschen Wirtschaftspolitik diese schmerzhafte Erfahrung.

> Es ist die Armee, die die Existenz des Staats und damit die Existenz der Totalität im außenpolitischen Konkurrenzkampf verteidigt.

In letzter Konsequenz ist es die Armee, die die Existenz des Staats und damit die Existenz der Totalität im außenpolitischen Konkurrenzkampf verteidigt – notfalls auch mit dem Leben der Soldaten. Ein Antimilitarismus wie der von Bernd Drücke (Jungle World 25/2018), der die Waffen niederlegen will, ohne über Staaten und Gewalt zu reden, ist nur die Kehrseite des Staatsfetischismus. Mag das Aufrechterhalten des staatlichen Status quo durch Armeen in gewissen Situationen nicht nur wünschenswert sein, sondern Voraussetzung für die Möglichkeit, der Katastrophe ein Ende zu bereiten – allen voran seien Israel und die Alliierten im Zweiten Weltkrieg genannt –, so sind diese Situationen zuvörderst einer politischen wie historischen Konstellation und nicht der Gesinnung einiger Staatsdiener geschuldet.

Eine materialistische Solidarität, die abhängig von der Gesinnung ihrer Objekte wäre, würde ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht werden. Diskussionen über die Gesinnung von Benjamin Netanyahu oder Winston Churchill sind daher zweitranging.
Soldaten als »Bürger in Uniform« schwören ihren Eid auf den Staat. Durch konkrete Ausübung des abstrakten staatlichen Gewaltmonopols erzwingen sie gewaltsam die staatliche Identität. Ob sie dabei »Bella Ciao« oder »Heil dir im Siegerkranz« singen, ist unerheblich. Die Affirmation dieser notwendigen totalen Unterwerfung entspricht dem Ideal des preußischen Militarismus, dem die von Rackwitz positiv hervorgehobene SPD nicht nur 1914 aufsaß.

Es versteht sich von selbst, dass eine derartige Unterwerfung nicht spurlos am Individuum vorübergeht. Durch den notwendigen Gehorsam wird die Möglichkeit der selbstständigen Urteilsfindung bewusst aufgegeben: Das Über-Ich als moralische Instanz wird durch Befehlshabende ersetzt und ist keinesfalls mit revolutionärem Willen zu retten. Das streng hierarchische System der Autoritäten entzieht den Soldaten die Verantwortung. Gegen die Zumutungen eines solchen Angriffs auf das Individuum sollte sich linke Kritik eigentlich richten.

Auf dem Konkret-Kongress 1993 entrüstete sich ein junger Mann darüber, »dass ihr nie darüber diskutieren wollt, dass dieses Land das Land nach Auschwitz ist«. An Gültigkeit hat dieser Einspruch gegen linksdeutsche Theorien nichts verloren. Wer vom Staat nichts

wissen will, weiß auch nichts davon, dass sich Staatlichkeit als Garantie der Reproduktionsfähigkeit einer Gesellschaft in zwei unterschiedlichen Formen entwickelt hat. Die historischen Entwicklungen kann man an den USA und Deutschland ablesen. Ihr Unterschied wird in der Krise deutlich.

Die amerikanische Krisenlösung baut auf den freien Markt und nutzt die Armee zur Sicherung seiner Funktionsfähigkeit. Auch eine dortige »Bewaffnung der Masse« (Lena Rackwitz) entmachtete den Staat nie. Bei der deutschen Krisenlösung hingegen wurde jener Markt der Volksgemeinschaft geopfert. Nach Gerhard Scheit gelingt diese Versöhnung von Kapital und Arbeit durch die totale Identifikation mit dem Staatssubjekt Kapital. Wie bereits Walter Benjamin feststellte, macht diese in der Volksgemeinschaft kulminierende »Einfühlung in ihren Tauschwert (…) noch Kanonen zu demjenigen Konsumgegenstand, der erfreulicher ist als Butter«. Weil sie den Tauschwert zur konkreten Identität macht, muss die Volksgemeinschaft notwendigerweise die Personifizierung der abstrakten Seite des Werts loswerden. Der Staat des Grundgesetzes, also die Bundesrepublik, hat diese Volksgemeinschaft als Staatsvolk gesetzt. Er ist die real existierende Negation jeder revolutionären Bestrebung. Bundeswehrsoldaten und -soldatinnen müssen stets bereit sein, für diesen praktischen Antikommunismus ihr Leben herzugeben. Diese erwartete Opferbereitschaft des Heeres ist die Zuspitzung des fetischisierten Bewusstseins der Volksgemeinschaft. Man unterscheidet im Zweifelsfall nie zwischen Bürgern mit oder ohne Uniform. Der Knechtgeist der Deutschen ist, anders als Drücke und Tucholsky es proklamieren, gerade kein allein auf den Militarismus zurückzuführendes Phänomen. Im Gegenteil, er ist immanenter Teil der Staatsideologie, in der Krieg als Ausnahmezustand selbst zu Friedenszeiten angenommen wird. Die Entnazifizierung, die schon auf der personellen Ebene nicht konsequent durchgeführt wurde, tastete die Ideologie der Volksgemeinschaft niemals an – sie wurde nur umetikettiert. Die Möglichkeit einer Renazifizierung behält sich die BRD vor. Deren Institutionen beruhen eben auf dieser Möglichkeit.

Als deutsche Ideologie ist diese Volksgemeinschaft notwendiges, aber falsches Bewusstsein eines jeden deutschen Volksgenossen. Auch ohne direkten staatlichen Zwang äußert sich dieses in deren alltäglichem Handeln. Eine Volksbewaffnung, wie Rackwitz sie fordert, dürfte sich dementsprechend als fatal für all jene erweisen, die als Negativbild jene Volksgemeinschaft erst konstituieren helfen. Somit gibt es für Kommunisten in der Bundeswehr nichts zu holen – außer einer Karriere in der Politik oder dem akademischen Betrieb.

© Jungle World Verlags GmbH